

Potemkinsche Dörfer

Bundesrat Beat Jans schwärmt vom 24-Stunden-Asylverfahren. Wäre das Konzept effizient, müsste der Bund nicht ständig nach noch mehr Betten für Flüchtlinge suchen.

Von Hubert Mooser

Die Staatssekretärin für Migration, Christine Schraner Burgener, hat in einem Interview mit dem Sonntagsblick die Vorzüge der sogenannten Schnellverfahren für Migranten aus Tunesien, Libyen, Algerien und Marokko hoch gepriesen. Diese Express-Abfertigungen hat man Ende April in den Bundesasylzentren eingeführt. «In Zürich, wo das 24-Stunden-Verfahren bereits seit November 2023 umgesetzt wird, haben wir bereits 60 Prozent weniger Asylsuchende aus dem Maghreb. In den anderen Bundesasylzentren sind es seither etwa 40 Prozent weniger», schwärmt die Diplomatin, die nach bloss drei Jahren an der Spitze der Migrationsbehörde bereits kapituliert hat und auf Ende Jahr den Hut nimmt.

Sie wird als Migrationschefin in Erinnerung bleiben, die vor allem dadurch auffiel, dass unter ihrer Ägide die Asylzahlen steil nach oben schossen. Fast schon verzweifelt suchte sie in den letzten Jahren wiederholt und landesweit nach Unterbringungsplätzen für immer mehr Asylbewerber. Das tut sie auch jetzt wieder. Bis im Herbst brauche das Staatssekretariat für Migration (SEM) zirka 2500 zusätzliche Betten für Asylbewerber, gab sie dem Sonntagsblick zu Protokoll. Helfen sollen ihr dabei wieder einmal die Kantone, die längst nicht mehr wissen, wo sie diese Leute in Zukunft einquartieren sollen.

Wenn die Angaben über die Rückgänge von Asylanträgen aus dem Maghreb tatsächlich zutreffen, warum wird dann immer noch mit den gleichen Prognosen wie von Anfang 2024 gerechnet? Müsste die erwartete Zahl an Asylgesuchen nicht tiefer sein als 2023? Und wenn es eine solche Erfolgsstory ist, warum hat man die 24-Stunden-Verfahren nicht längst auf Flüchtlingsgruppen anderer Staaten ausgedehnt, die ebenfalls geringe Chancen auf Asyl haben?

Die Skepsis ist nach wie vor gross. «Das SEM muss zuerst einmal beweisen, dass die 24-Stunden-Regelung nicht bloss ein Marketinginstrument ist», sagt der Luzerner Ständerat Damian Müller (FDP). Er propagiert als wirksames Rezept: «Rückführungen, Rückführungen und noch einmal Rückführungen, sowie die konsequente Umsetzung des Parlamentswillen.» Damit verbunden die gewollte Drittstaatenregelung wie vom Parlament beschlossen, um Eritreer in Drittstaaten zurückzuführen. Andere beschreiben die 24-Stunden-Regelung als ein Potemkinsches Dorf. Will heissen: die Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Was man nur im viel detaillierteren Jahresbericht nachlesen kann, ist die Tatsache, dass es 2023 auch 11 026 unkontrollierte Abgänge gegeben hat – 3803 mehr als im Jahre 2022. Über den Verbleib dieser Leute hat das SEM keine Angaben, viele von ihnen bleiben als Illegale hier. Deren Zahl wird inzwischen auf über 100 000 geschätzt.

<https://weltwoche.ch/story/potemkinsche-doerfer/>